Erscheint wöchentlich einmal: Freitags.
Anzeigen: Die 6gespaltene Borgiszeile 20 Pfennig.
Im Abonnement oder bei Wiederholung entsprechend billiger.
Schluß der Redaktion: Dienstag Mittag.

Die Eiche

Abonnement vierteljährlich 1.— Mark bei jedem Postamt und in der Expedition.
Eingetragen in der Post-Zeitungspreisliste.
Redaktion und Expedition: Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Organ des Gewerkvereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)

Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstraße 221/23. — Fernruf: Amt Königstadt 4720.
Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind zu richten an Paul Volkmann, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23. — Geldsendungen an W. Zielke, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Nummer 23/24. | Ulm a. Donau, den 18. Juni 1915. | 26. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis: Der Krieg und unsere Industrie. — Der „Vorwärts" in Nöten! oder: Ein Jeder blamiert sich, so gut er kann. — Kein Umlernen. — Die bisherigen Leistungen der Konsumentenbewegung. — Lusitania. — Ehrentafel. — Rundschau: Der Arbeitsmarkt der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe im April 1915. — Vom bayerischen Holzmarkt. — Zur Sicherung der diesjährigen Ernte. — Bäder- und Anstaltsfürsorge für Kriegsteilnehmer. — Schießwerkzeuge in Kinderhänden. — Unrentabel und gesundheitsschädlich. — Stimmungsbild. — Der Verband zur Abwehr des Tabaktrustes. — Versammlungsanzeiger. — Anzeigen.

An die Daheimgebliebenen!

Auf dem Schlachtfeld der Ehre sind schon viele brave Freunde gefallen!
Ehre ihrem Andenken!
Der Ehrenschmuck, das Eiserne Kreuz, ziert manchen lieben Freund!
Dank den Tapferen!
Kollegen! arbeiten wir zu Hause so, daß sie nach ihrer Rückkehr auch uns danken können.
Steht zusammen, haltet den Gewerkverein hoch!

Der Krieg und unsere Industrie.

„Deutschland läßt sich nicht vernichten! Wir halten durch!" Diese Worte werden in der deutschen Geschichte unauslöschlich bleiben. Dieser Weltkrieg hat ohne Zweifel eine gewaltige Umwälzung in unserem Wirtschaftsleben herbeigeführt, wobei unsere Industrie in ihrer Gesamtheit vor eine Kraftprobe gestellt wurde. Von allen Seiten von Feinden umringt, mußte Deutschland nicht bloß auf die Erzeugung der heimischen Produkte Wert legen, sondern mußte in weit größerem Maße danach streben, alle Erzeugnisse, die wir vom Ausland bezogen, und notwendig brauchten, durch heimische zu ersetzen. Dies ist manchmal nicht ganz ohne Schwierigkeiten möglich gewesen, doch das bewundernswerte Anpassungsvermögen, welches nun einmal in dem deutschen Volke steckt, und welches wir so oft bei unseren Truppen beobachten haben können, hat sich auch bei der Industrie bewährt.

In der anfangs des Krieges brachliegenden Industrie, wurde bald mit bienenartigem Fleiß gearbeitet. Fabriken, die bis her nur Erzeugnisse für den Export hergestellt hatten, fertigten jetzt Kriegsmaterial an, wie es deren Räume noch nie gesehen hatten. Dieser günstige Umstand hatte zur Folge, daß nicht bloß die Arbeiter lohnende Beschäftigung fanden, und man anderseits auf die ausländischen Produkte verzichten konnte, sondern diese Arbeit brachte unserer Industrie auch namhaften Gewinn. Naturgemäß war hierbei die Großindustrie am meisten beteiligt, unsere kleinen Handwerksmeister versuchten ja auch durch Zusammenschluß in den Handwerkskammern sich mehr an den Heereslieferungen zu beteiligen, doch ist das nur zum Teil gelungen. Interessant sind nun die Jahresberichte der Aktiengesellschaften zu lesen, aus denen zweifellos hervorgeht, daß manche Industriezweige bedeutend höhere Gewinne erzielt haben als in Friedenszeiten. Andere, wie z. B. die Baustoffindustrie und die Luxusindustrie schließen teilweise mit nennenswerten Verlusten ab, so unter anderen:

	1914 Prozent	1913 Prozent
die Porzellanfabrik Ph. Rosenthal u. Co., A.-G.	6	20
Vereinigte Lausitzer Glashüttenwerke, A.-G.	15	25
Paradiesbettenfabrik M. Steiner u. Söhne A.-G.	—	10
Bremer Silberwarenfabrik A.-G.	—	6
Deutsche Dampfschiffahrts-Gesellschaft Hansa, Bremen	6	20
Oldenburg-Portugiesische Dampfschiffahrts-Reederei in Oldenburg	—	16

Dies sind nur einige Beispiele von Verlusten, die durch den Krieg herbeigeführt worden sind, ohne Zweifel sind hier viele Verluste auf den Mangel an Rohstoffen zurückzuführen. Unsere rheinische Industrie, die immer hoch in der Dividendenverteilung stand, hat kaum nennenswerte Verluste erlitten, denn es will wenig bedeuten, wenn anstatt 30 nur 20 Prozent oder 19, statt 28 Prozent Dividende gezahlt werden. Der Verlust ist leicht zuverschmerzen, und man kann hiebei ruhig die Frage aufwerfen, ob es nicht angebracht wäre, den Arbeitern dieses doch so gesundheitsschädlichen Berufes auch eine angemessene Bezahlung zu gewähren.

Auch unsere Textilindustrie schneidet verhältnismäßig günstig ab, hat doch die Firma Erdmannsdörfer, A.-G., für Flachsgarn-Maschinen-Spinnerei und -Weberei zu Zillerthal (Riesengebirge) einen Reingewinn von 419 000 M. gegen 198 000 M. im Jahre 1913 erzielt. Die Firma Meyer-Kaufmann, Textilwerke, A.-G. in Breslau 320 000 M. gegen 137 000 M. 1913, die Saganer Wollspinnerei und Weberei in Sagan 167 000 M. gegen 132 000 M. 1913. Angesichts dieser hohen Reingewinne möchten wir bemerken, daß kurz vor dem Kriege die geringfügige Forderung der Textilarbeiter mit einer großen Aussperrung seitens der Unternehmer beantwortet wurde, und nur der Krieg dem Kampfe ein Ende bereitete.

Auch die Mühlengewerbe weisen Dividendenverteilungen von 4—18 Prozent auf. Die Zigarettenfabrik Konstantin, A.-G. in Hannover begnügt sich mit 25 Prozent, einem Reingewinn von 1 837 000 gegen 954 000 M. 1913.

Besonders günstig schneidet auch unsere Lederindustrie ab, die eine Dividendenverteilung von 10—20 Prozent gegen 5—17 Prozent im Jahre 1913 vorgenommen hat. Wir sehen also daraus, daß die Verteuerung der Schuhware angenehme Gewinne gebracht hat, trotz der angeblich hohen Lederpreise.

Den ersten Platz in der Dividendenverteilung nimmt unsere Metallverarbeitungsindustrie ein, ganz besonders die Werft- und Fahrzeugindustrie, ebenso die damit verbundene Munitionsherstellung. Hievon einige Beispiele:

	1914 Mark	1913 Mark
Vulkanwerke Stettin und Hamburg, A.-G.	2 252 000	
	2 148 000	(Verlust im Vorjahre)
Atlaswerke, A.-G., Bremen-Hamburg	937 000	619 000
Joh. C. Tecklenborg, A.-G., Bremerhaven	926 000	732 000
Daimler Motorengesellschaft	4 600 000	3 200 000
Fahrzeugfabrik Eisenach	846 000	314 000
Mannesmann Mulag (Motoren- und und Lastwagen A.-G. Aachen	611 000	483 000
Waggonfabrik Gottfried Lindner, A.-G., Halle-Ammendorf	12 statt 8 Prozent	
C. D. Magirus, A.-G., Ulm a. D.	408 000	276 000
C. Lorenz A.-G., Telephon- und Telegraphenwerke in Berlin	1 006 000	592 000
Heddernheimer Kupferwerke und Süddeutsche Kabelwerke, A.-G., Frankfurt a. M. und Mannheim	1 334 000	1 157 000
Mix und Genest, A.-G., Telephon- und Telegraphenwerke in Berlin	1 200 000	293 000
Kabelwerk Duisburg, A.-G., Duisburg	18 statt 16 Prozent	
Hackethal, Draht- und Kabelwerke	1 401 000	1 036 000
Siemens Elektr. Betriebe, A.-G., Berlin	1 475 000	1 071 000
Hugo Schneider, A.-G., Metallwarenfabriken, Messing- und Kupferwerke Leipzig	1 198 000	968 000
Berliner Pumpenfabrik, A.-G., (vorm. Max Brandenburg) Berlin	70 000	34 000
Ludwig Löwe, A.-G.	30 statt 18 Prozent	
Waffenfabrik Mauser, A.-G., Oberndorf a. N.	566 000	496 000
Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, Berlin-Karlsruhe	8 183 000	5 785 000
Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik	3 500 000	2 000 000
Dürener Metallwerke	1 884 000	1 867 000
Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabriken	6 543 000	4 448 0000
Rheinisch-Westfäl. Sprengstoff-A.-G.	1 540 000	1 092 000
Sprengstoffwerke „Glückauf", A.-G. in Hamburg	40 statt 0 Prozent	
A.-G. Siegener Dynamitfabrik in Köln	78 000	51 000
Oberschles. A.-G. für Fabrikation von Lignose, Schießwollfabrik Kruppamühle	419 000	125 000

Diese angegebenen Zahlen beweisen, welche Riesengewinne die Großindustrie auch während der Kriegszeit erzielt haben. Notwendig ist aber auch andererseits, sich diese Zahlen vor Augen zu führen, um den Unternehmern, welche nie aufhören, über schlechte Rentabilität ihrer Betriebe zu klagen, die gebührende Antwort zuteil werden zu lassen. Verlangen müßte man logischer Weise, daß man bei derartig hohen Gewinnen den Arbeitern auch angesichts der hohen Lebensmittelpreise dementsprechende Lohnerhöhungen zukommen ließe, doch davon verspürt man im Ganzen wenig, nur einzelne Firmen haben Lohnerhöhungen zugestanden. Bei Betrachtung der ganzen Gewinne darf nicht außeracht gelassen werden, daß die angegebenen Zahlen nur annähernd die Gewinne angeben, weil darin „Abschreibungen" und „Rücklagen" nicht enthalten sind, die bei großen Gesellschaften in die Hunderttausende und Millionen gehen. Auch ist man möglichst bestrebt, soweit es angängig ist, die großen Gewinne nicht so offensichtlich in die Erscheinung treten zu lassen. Die Ludwig Löwe A.-G. gibt offen zu, daß sie durch Abschreibungen usw. ihre Bilanz habe verschleiern müssen, und begründet die Niedrighaltung der Dividende etwas zynisch damit: „Dies sei geschehen, um nicht die Begehrlichkeit der Abnehmer in Bezug auf die Preise und die Begehrlichkeit der Arbeiter in Bezug auf die Löhne zu steigern". Die Arbeiter werden sich zu gegebener Zeit diese Tatsachen in Erinnerung rufen müssen.

Worauf es jedoch jetzt darauf ankommt ist die Tatsache, daß jeder Vaterlandsfreund seine Freude dahin zum Ausdruck bringen wird, daß es unserer Industrie gelungen ist, aus eigener Kraft, ohne fremde Hilfe, unser Heer schlagfertig auszurüsten, so daß dadurch wiederum die vom Staate dazu aufgewendeten Kapitalien im Lande bleiben. Auf der andern Seit steht dem gegenüber, daß die Mehrzahl des deutschen Volkes, namentlich die Arbeiterschichten, nicht bloß ihre Männer und Söhne in das Feld geschickt und ihr Blut für das Vaterland vergossen haben, sondern daß man auch die auferlegten schwersten Entbehrungen auf sich genommen hat. Alles dies hat man freudig und gerne im Interesse des Vaterlandes getan. Praktisch liegt die Sache so, daß, wo auf der einen Seite man die schwersten Opfer an Gut und Blut gebracht hat, man auf der anderen Seite durch Staatsaufträge ungewöhnlich hohe Gewinne eingeheimst hat. Da ist es wohl nur recht und billig, daß von verschiedenen Seiten der Ruf nach Besteuerung der Kriegsgewinne erschallt. Man hält diese Besteuerung für technisch undurchführbar und schlägt mehr eine Reichsvermögenssteuer vor. Darauf kommt es zunächst aber garnicht an, sondern die Hauptsache ist, daß man sich in Regierungskreisen bald dahin einigt, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der einen Teil dieser hohen Kriegsgewinne wieder dem Staate direkt zuführt. Die Schuldenlast des deutschen Reiches ist seit August 1915 um 15 Milliarden gestiegen, da ist es wohl angebracht, diejenigen Leute, welche durch den Krieg mühelos ungeheure Gewinne erzielt haben, zur Deckung dieser Schuldenlast heranzuziehen. Auch die Volksvertreter beschäftigen sich bereits mit dieser Frage.

Dem preußischen Abgeordnetenhause sind mehrere Anträge auf Besteuerung der Kriegsgewinne zugegangen. Ein freikonservativer Antrag fordert die Regierung auf: noch in dieser Tagung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen Gewinne oder andere Einkommenerhöhungen, die sich aus der wirtschaftlichen Lage während der Kriegsdauer ergeben, zu einer erhöhten Besteuerung auf der Grundlage des Preußischen Einkommensteuergesetzes herangezogen werden, um auf diese Weise Mittel für Hinterbliebenenfürsorge und damit zusammenhängende Maßnahmen zu gewinnen.

Ein Zentrumsantrag ersucht die Regierung: 1. Ermittelungen anzustellen, ob im Handels- und Gewerbetriebe (§ 9 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes) es vorgekommen ist, daß Geschäftsunternehmen, welche in der Zeit nach dem 1. April 1914 begonnen, aber vor dem 1. April 1915 wieder aufgegeben sind, den Geschäftsinhabern bedeutende, an und für sich einkommensteuerpflichtige Einnahmen für Lieferungen zu Kriegs- und sonstigen Militär- und Marinezwecken oder infolge des Krieges getroffenen wirtschaftlichen Zwecken zugeflossen sind.

2. Falls dieses durch neue Ermittelungen festgestellt wird oder bereits anderweitig festgestellt ist, dem Landtage baldtunlichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem obige Einnahmen aus Handel und Gewerbe (§ 9 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes), die nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts nur deshalb nicht zur Einkommensteuer für das Steuerjahr 1915/16 haben herangezogen werden dürfen, weil die betreffenden Einnahmequellen nicht bereits am 1. April 1914 bestanden haben und am 1. April 1915 nicht mehr bestanden haben, als steuerpflichtige Einnahmen des Kalenderjahres 1914 bezw. des in Betracht kommenden Wirtschaftsjahres nachträglich zur Einkommensteuer für das Steuerjahr 1915/16 zu veranlagen sind.

3. Dem Landtage einen Gesetzentwurf baldtunlichst vorzulegen, durch welchen angeordnet wird, daß vom Jahre 1916 ab in den Fällen, wo nach § 9 Abs. 2, 3 und 4 des Einkommensteuergesetzes der mutmaßliche Jahresertrag des bevorstehenden Steuerjahres der Einkommensteuer unterliegt, statt dessen in der Regel der wirkliche Ertrag des letztverflossenen Kalender- bezw. Wirtschaftsjahres zur Einkommensteuer zu veranlagen ist, falls eine annähernd richtige Abschätzung des mutmaßlichen Ertrages des bevorstehenden Steuerjahres unmöglich ist, z. B. im Jahre 1916 wegen des etwa noch nicht beendeten Krieges.

Der Antrag ist nur von einem Teil der Zentrumsfraktion unterschrieben. Außer dem Antragsteller v. Strombeck haben ihn aus der 103 Mitglieder zählenden Zentrumsfraktion 27 Abgeordnete unterzeichnet.

Der „Vorwärts“ in Nöten! oder: Ein Jeder blamiert sich, so gut er kann.

III.

Die Haltung des Abgeordneten Liebknecht und Genossen im Reichstage führte dazu, daß derselbe von der Mehrzahl der sozialdemokratischen Partei nicht mehr ernst genommen wurde und er dementsprechend seine Quertreibereien in der feindlichen Auslandspresse weiter betrieb. Nur im "Vorwärts" fand er Verständnis; das „Zentralorgan“ sammelte sorgfältig alle Beifallsäußerungen der feindlichen Presse. In diesen Quertreibereien Liebknechts und der Haltung des „Vorwärts“ erblickte die Mehrzahl der Gewerkschaftsführer eine schwere Schädigung der deutschen Arbeiterbewegung und hielten daher kurzer Hand am 27. Januar eine Sitzung sämtlicher Gewerkschaftsvorstände im Gewerkschaftshause ab. Der Vorsitzende der Generalkommission, C. Legien, hatte dazu das Referat übernommen. Scharf kritisierte er die Haltung einzelner Genossen und vor allem die Haltung des Zentralorgans, des „Vorwärts“, welcher vollständig versagt habe. Ueber die Internationale und deren Wert sagte er folgendes: „Man behauptet, die Internationale sei durch den Krieg vernichtet worden. Ich kann nicht in den Verdacht kommen, die Internationale ruinieren zu wollen, denn ich habe 1½ Jahrzehnte lang einen bedeutenden Teil meiner Kräfte gerade für den Aufbau der Internationale verwendet. Die Internationale kann aber nur durch starke nationale Organisationen bestehen. Für die internationale wirtschaftliche Aktion ist die Stärke und Aktionkraft der Gewerkschaften, für die politische Aktion die Stärke der politischen Parteien maßgebend. Die Verschiedenheit der Sprache, Charaktereigenschaften, Lebensgewohnheiten usw. bilden ein Hindernis einer wirksamen internationalen Aktion. Jetzt hat sich die eminente Bedeutung dieser Eigenschaften gezeigt, denn trotz der großen Arbeit, die für die Internationale aufgeboten wurde, hat sie in allen beteiligten Ländern versagt.“ Besonders interessant sind dann seine Ausführungen über die internationale Solidarität der Genossen im Auslande, indem er sagt: „Das Zentralorgan der Partei hat vollständig versagt in seiner Aufgabe, die Genossen über die Lage zu informieren. Nicht einmal eine Billigung der Haltung der Fraktion haben wir darin gefunden. Weiter finden wir im „Zentralorgan“ nur eine völlig unzureichende Information über die Haltung der sozialistischen Parteien anderer Länder. Daher ist es bei den Arbeitern nicht genügend bekannt, daß die Vertretungen der Arbeiter in England und Frankreich den Kriegskrediten bedingungslos zugestimmt haben. Ueber die Haltung der belgischen Partei will ich nichts sagen. Die Neutralitätsverletzung Belgiens war erfolgt, ob mit Recht oder zu Unrecht, wird sich später zeigen. Die Neutralität der belgischen Regierung war aber jedenfalls auch nicht unzweifelhaft. Man muß vieles in der Haltung der belgischen Partei zu verstehen und zu entschuldigen suchen. Aber wie liegen die Dinge in Frankreich? Die dortige Fraktion hat zweimal die Kredite ohne jegliche Erklärung bewilligt, obgleich der Ministerpräsident Viviani am 22. Dezember erklärte, „in der jetzigen Situation ist nur eine Politik möglich: Kampf ohne Gnade bis zur endgiltigen, durch einen völlig siegreichen Frieden gesicherten Befreiung Europas“. Und in einem am 25. Dezember 1914 in der „Humanite“ veröffentlichten Aufruf „An die Sozialisten, an die Arbeiter!“, der von der sozialdemokratischen Fraktion und von dem geschäftsführenden Ausschuß der Partei unterzeichnet ist, heißt es: „Getreu der Disziplin der Einigkeit, welche die Nation sich dem Feinde gegenüber auferlegt hat, hat die sozialistische Fraktion im Parlamente auch nicht mit einem Worte die von allen Franzosen beschlossene Einheit trüben wollen, sie hat sich jeder Erklärung enthalten. Sie hat sich bei dem allgemeinen Zusammenschluß mit der Losung vermischt, welche die verantwortliche Regierung formuliert hat.“

Andere Kundgebungen geachteter internationaler Parteiführer will ich nur kurz streifen, so zum Beispiel, wenn Guesde Italien, das in einem Bündnis zu Deutschland steht, zur Teilnahme am Kriege auffordert, oder wenn Vaillant nach der Hilfe Japans ruft. Bezüglich Englands glaubt man bei uns, daß dort eine starke Strömung gegen den Krieg ist. Unsere Presse aber hat nur eingehend über eine kleine Gruppe, die J. L. P. berichtet. Entscheidend ist aber die Haltung der großen Arbeiterpartei und des Parlamentarischen Comitees, die gemeinsam mit den Parlamentsabgeordneten und der gewerkschaftlichen Landeszentrale am 15. Oktober eine Erklärung veröffentlichten, die u. a. folgendes enthielt: „Deshalb hat die Arbeiterpartei, als die Vertreterin der demokratischen Elemente in der britischen Nation, im Parlamente den Maßnahmen ihre Unterstützung gegeben, die notwendig sind, um unserem Lande die wirksame Durchführung des Kampfes zu ermöglichen. Sie hat sich den Bestrebungen auf Schaffung einer für die nationalen Bedürfnisse genügend großen Armee angeschlossen, indem sie an der von den verschiedenen parlamentarischen Parteien organisierten Rekrutierungskampagne aktiv Anteil nimmt. Mitglieder der Partei haben zu diesem Zwecke in zahlreichen Versammlungen im ganzen Lande gesprochen und die ganze Organisation der Partei ist in den Dienst der Rekrutierungskampagne gestellt worden.“

Ein Manifest der Docker-Gewerkschaft unterzeichnet von Ben Tillet, verlangt: „Jeder taugliche Mann muß entweder kämpfen oder bereit sein, sein Land zu verteidigen. Unsere Männer müssen täglich gedrillt werden, auch wenn das Kriegsministeriums uns nicht helfen kann. Viele unserer Leute sind früher Soldat gewesen, und diese könnten bei der Ausbildung helfen. Die Ortsbehörden und Unternehmer könnten helfen.“

Der langjährige Vorsitzende der britischen sozialdemokratischen Partei, Hyndman, verlangt in einem Brief an das italienische Blatt „Secolo“ das Eingreifen Italiens, um u. a. „Italien das Recht zu sichern, solche Abtretungen von Gebieten zu fordern, die es mit vollem Rechte wünscht. Wenn Italien noch zögern würde, eine derartige Entscheidung zu fällen, so scheint mir, daß es sowohl moralisch und politische einen Fehler begehen würde.“

In Rußland hat zwar die kleine Dumafraktion den Saal vor der Abstimmung verlassen. Es ist anzuerkennen, daß das unter russischen Verhältnissen eine mutige Tat ist. Aber ihr Einfluß ist naturgemäß sehr gering, und an der Tatsache, daß russische Truppen sofort nach Kriegsausbruch deutsches Gebiet überfluteten, konnte sie nichts ändern.

Wäre der Kreis der Personen, die von diesen Vorkommnissen Kenntnis haben, größer, dann wäre vieles anders in unserer deutschen Partei. Aber selbst die Sammlung dieses Materials verübelt man uns, obgleich diese Sammlung und ihre Herausgabe ein Privatunternehmen des Genossen Baumeister ist. Ob das Vorgehen von Guesde, Vaillant, Hyndman usw. zu entschuldigen ist, lasse ich dahingestellt. Gegen die Haltung der französischen und englischen Arbeiterparteien habe ich nichts einzuwenden, aber man soll dann auch uns das Recht zubilligen, das man für sich selbst in Anspruch nimmt. Die innere Freiheit muß sich jede Nation selbst erringen, jedenfalls bedanken wir uns für die Freiheit, die uns die Russen, Japaner und Inder bringen sollen.

In der Parteipresse der neutralen Länder hat man gegen uns heftige Vorwürfe gerichtet. Ich fürchte sehr, daß einzelne der Verfasser zu den exotischen Genossen gehören, die erst vor kurzer Zeit die Grenze der westeuropäischen Kultur überschritten haben. Redner zitiert eine Reihe tendenziöser Ausführungen deutscher Parteimitglieder in der Schweizer Presse und stellt fest, daß z. B. die „Berner Tagwacht“, das offizielle Organ der sozialdemokratischen Partei der Schweiz, die als besondere Abladestelle dieser Ergüsse dient, einer berichtigenden Zuschrift des Genossen David die Aufnahme verweigerte, aber trotzdem dagegen polemisierte.

Von allen diesen Dingen wissen die Arbeiter nichts. Dieses Verhaltens eines Teiles der Parteipresse brauche ich nicht näher zu charakterisieren. Mit Recht sagt Genosse Dr. Lensch hinsichtlich der Haltung der Auslandsgenossen im „Hamburger Echo“ vom 21. Januar, daß die Leser dieser Parteiblätter, „zu denen wir in erster Linie den „Vorwärts“ rechnen, diese Dinge entweder gar nicht oder nur so nebenbei und verspätet und mangelhaft mitgeteilt erhalten, daß die Leser die Ungeheuerlichkeit dieser Leistungen kaum zu begreifen vermögen.“

Zur Haltung des „Vorwärts“ übergehend, schildert Legien den Verlauf der Auseinandersetzungen, die im Anschluß an die von den Vertretern der Verbandsvorstände beschlossene Beschwerde der Generalkommission einsetzten. Durch die öffentlichen Erklärungen der Generalkommission und des Parteivorstandes ist diese Angelegenheit den Genossen bekannt geworden. Die öfentliche Erklärung der Generalkommission wurde notwendig, weil von der Gegenseite die Genossen ganz falsch informiert wurden und der Zentralvorstand von Groß-Berlin die Aufnahme der Erklärung in sein Mitteilungsblatt ablehnte.

Diese Ausführungen Legiens, die noch in vielen Punkten ergänzt werden können und auf die wir später vielleicht noch zurückkommen, zeugen von einem tiefen Gegensatz der Gewerkschaften und der Partei, beweisen aber andererseits, daß die gewaltigen Opfer von Kraft und Geld, welche von seiten der freien Gewerkschaften für ihre ausländischen Brüder aufgewendet worden sind, zur internationalen Verbrüderung herzlich wenig beigetragen haben.

Trotz dieser beweiskräftigen Ausführungen von Legien änderte der „Vorwärts“ seine Haltung nicht, nach wie vor vertrat er in gewissem Sinne mehr die Interessen des feindlichen Auslandes, als die der deutschen Arbeiter, nach wie vor ging er dazu über, die deutschen Gewerkschaftsführer zu verdächtigen, sodaß die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Nr. 8 des „Correspondenzblattes“ eine Erklärung abgab, die sich gegen den Redakteur des „Vorwärts“, den Reichstagsabgeordneten Stadthagen richtete. Dieselbe lautete:

„Zur Abwehr.

Der Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis Niederbarnim, Genosse Stadthagen, hatte in einer Sitzung des Vorstandes des Kreiswahlvereins am 29. September 1914 behauptet, die Generalkommission sei schuld an dem zweiten Verbot des „Vorwärts“. Am 30. Oktober 1914 wurde unter Leitung des Parteivorstandes in stundenlangen Beratungen die Richtigkeit dieser Behauptung nachgeprüft. Da Stadthagen sich nicht bereit erklärte, seine Behauptung zu widerrufen, obgleich nicht eine Spur von Beweis für ihre Richtigkeit beigebracht werden konnte, gab der Parteivorstand am Schluß der Sitzung folgende Erklärung ab:

„In der Verhandlung konnte nichts festgestellt werden, was auch nur den geringsten Anlaß zu der Annahme und Vermutung geben konnte, die Generalkommission habe das „Vorwärts“-Verbot mitverschuldet. Dieser von Stadthagen erhobene Vorwurf ist in keiner Weise gerechtfertigt.“

Trotzdem hat Stadthagen in einer Konferenz am 2. Februar 1915 seine Behauptung nicht nur wiederholt, sondern, wie unterschriftlich durch drei Konferenzteilnehmer bekundet wird, gesagt:

„Daß die Generalkommission am Verbot des „Vorwärts“ schuld sei, hat sich bestätigt.“

Die Parteiinstanzen noch einmal in dieser Angelegenheit zu bemühen, halten wir für überflüssig. Es handelt sich bei Stadthagen offenbar um eine Krankheitserscheinung, die nach § 51 des Reichsstrafgesetzbuches von Schuld und Strafe befreit.

Berlin, 15. Februar 1915.

Die Generalkommission
der Gewerkschaften Deutschlands.“

Der § 51 spricht von der verminderten Zurechnungsfähigkeit, die die strafrechtliche Verantwortlichkeit dessen, der ein Delikt begangen hat, ausschließt. Am meisten kommt er bei Menschen in Anwendung, die an Paralüse leiden, und in eine Irrenanstalt gehören. Für unsere Leser wird diese Feststellung genügen.

Ehrentafel

für die im Kriege gefallenen oder an ihren Verwundungen erlegenen Kollegen des Gewerkvereins der Holzarbeiter Deutschlands.

Georg Renk, Mitglied vom Ortsverein Augsburg, 43 Jahre alt, Kriegsfreiwilliger Unteroffizier im 3. bayer. Inf.-Regt. am 2. Mai bei einem Sturmangriff in Galizien gefallen.

Wilhelm Lawrenz, Mitglied vom Ortsverein Hamburg, (früher Stolp i. Po.) 24 Jahre alt am 4. Mai in Rußland gefallen.

* * *

Ritter des Eisernen Kreuzes.

Für hervorragende Tapferkeit hat das Eiserne Kreuz erhalten: **Richard Winkler** vom Ortsverein Duisburg auf dem westlichen Kriegsschauplatz.

Kein Umlernen.

Man spricht jetzt viel von Gesinnungswechsel, vom Umlernen u. dergl. m. Tatsächlich ist in vielen Kreisen ein anderer Geist eingezogen, die große schwere Zeit hat viele Gegensätze überbrückt, gemeinsam arbeiten oft Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Aufbesserung ihrer Lage. Bei uns im Holzgewerbe muß man es dem Vorstand des Arbeitgeberschutzverbandes nachsagen, daß er ehrlich bestrebt gewesen ist, seine Mitglieder zur Innehaltung der tariflichen Abmachungen anzuhalten. Wenn ihm dies nicht immer gelungen ist, so ist es nicht seine Schuld, sondern sie trifft die betreffenden Mitglieder, mit denen man später abrechnen wird. Durch die Vergebung von Kriegsarbeiten in den verschiedensten Industriezweigen haben sich unliebsame Differenzen eingeschlichen, die später nach Vereinbarung der gegenseitigen Organisationen durch Errichtung von Schlichtungskommissionen beseitigt wor-

Lusitania.*)

Klar Schiff! Wir fahren über den Ozean. Was kümmern uns diese Deutschen? Ho! ho! Bange machen gilt nicht. Sie werden sich hüten, dieses stolze Schiff anzugreifen; Amerikaner fahren ja mit. Das ist die beste Versicherung der Welt. Ladet Granaten ein und Schrapnell, führt Kanonen her und Dynamit. Wir machten es ja schon öfter so. Hilfskreuzer der britischen Flotte sind wir, helfen wollen wir, diesen Kriegszug zu Ende zu bringen, an dem wir so viel verdient. Frauen nehmen wir mit und Kinder. Davor haben sie Respekt, diese Deutschen. Sie trompeteten in die Welt von der Kraft ihrer Unterseeboote. Was ein seerprobter englischer Fahrer ist, lacht darüber. Los! mit Volldampf voran . . .“

So sprachen die Toren in ihrem Herzen. Warnung kam über Warnung. Die Eitelkeit schloß ihnen ihr Ohr. Das Wunderschiff fährt sein Glück. Der Leichtsinn hat kein Recht auf Wunder, sprach Hom. Die Deutschen hatten es satt, sich höhnen zu lassen. Sie wußten, wie viel todbringende Kraft ihnen noch. Sie sind bereit. Das Torpedo kracht in die Flanken des Riesenschiffes. Einen Augenblick ächzt der Riese. Es ging wie damals bei Goliath und David. Er sank. Und mit ihm Menschen, Tier und alles, was darinnen war. Die deutschen Männer hatten ihre Pflicht getan, ihre stolze Pflicht, ihre entsetzliche Pflicht.

Da hub ein Jammern an in allen Ländern. Würde es den Toten allein gelten, wir wären die ersten, die all die Toten ehren, und die Leid tragen um unschuldige Einzelne. Aber halt! es gibt jetzt keine Einzelnen mehr. Jeder wird nur als Angehöriger seines Volkes gerechnet. Die Lehre haben wir nicht erfunden. Sie gilt laut Gesetz des Krieges; hier geht es um Völkerleben. Alle tragen sie Schuld, die auf dem Schiffe fuhren: die Schuld des Volkes, dem sie Waffen brachten, die Schuld der Admirale, die sie um ihres Weltansehens willen in Schlummer wiegten, die Schuld der englischen lügnerischen Presse, der sie mehr glaubten, als dem ehrlichen Wort eines deutschen Botschafters. Diese Schuld rächte sich. Aber man schrie durch die Welt hin, als wären wir Verbrecher. Je mehr sie schreien, desto ruhiger sind wir. Denn so redet nur scheinheilige Unbildung, die nie etwas im Zusammenhang beurteilen will, sondern stets nur Einzelheiten herausgreift, um an ihnen ihre Weisheit zu erproben. Was ist entsetzlicher: jenes Grab von einigen Hundert, oder die Leichenhügel, aufgeschichtet von braven deutschen Vätern und Brüdern, die jene jetzt versenkten Kugeln nachher getroffen hätten, und die Scharen von Krüppeln, die infolge jener Munition nachher ins deutsche Land getrieben worden wären? Was ist gemein: Eine Schiffsmannschaft auf feindlichem Hilfskreuzer noch besonders warnen, ehe man das Recht der offenen Vergeltung übt, oder Frauen, Kindern und Männern, die ihrer Arbeit nachgehen, die Nahrung absperren, damit sie langsam verhungern sollen, und so ein unerhörtes Kriegsrecht einführen? Dort kam ein Ende mit Schrecken für einige Hundert; verhindert wurde ein Schrecken ohne Ende für Tausende. Die dort unten liegen, retten jetzt manchem das Leben, der klüger und vorsichtiger geworden ist. An unseren Händen klebt kein Tropfen Blut. Unser Gewissen ist rein, wie das eines Mannes, der vor Gott und Welt Rechenschaft geben kann. Nichts stört unsere Ruhe vor dem ewigen Richter.

Seid stille ihr, die ihr vom Augenblick lebt und keine Kraft habt, etwas ernstlich zu wollen. Ihr schreit immer nach Frieden, aber ihr wollt den Weg nicht, der zum Ermatten des Gegners führt, damit er zum Frieden bereit wird. Ihr wollt den Sieg, aber ihr möchtet ihn haben ohne Blut und Schlacht. Das ist eines Mannes und einer Frau, die das Leben in seiner wirklichen Tiefe kennen, unwürdig. Wir haben auch ein Herz. Es blutet aus vielen Wunden. Unsere Pulse schlagen und unser Atem geht schwer beim Anblick all des Grausamen und Entsetzlichen. Wir bleiben Menschen im vollen Sinn des Wortes. Aber unser Herz krümmt sich jetzt um unser eigen Fleisch und Blut. Unsere Lippen beten für unsere Tapferen, unser Hirn denkt an unsere Not und unsere Seele dankt für alles, was dem Feinde schadet, damit es bald Friede werde.

Freunde! Mancher hat ein weiches Herz und ist doch stahlhart, weil er Schmerzen trägt, und mancher wirft mit weichlichen Worten um sich und hat doch ein selbstsüchtiges Herz, weil er niemanden wirklich helfen, sondern nur sich selbst bedauern will. Jetzt kann man die ganzen Menschen kennen lernen, die gleich ferne sind von Roheit und Empfindelei, die aber tun, was getan sein muß für des Volkes Heil. Sie verdienen doppelt unsere volle Ehre und helle Achtung. Wir grüßen euch, ihr Tapferen auf dem Meer. Des Volkes Hand segnet euch. Mit euch tragen wir Schmerz und Fluch und herrlichem Stolz. Wir jubeln eurer Fahne zu. Kein Spritzer traf sie, unbefleckt flattert sie im Sturmwind. Rein ist sie wie Sommersonnenmorgen.

*) Aus „Eiserne Blätter“, die durch D. Traub, Dortmund, Bismarckstraße 18, zu beziehen sind. Die Überschüsse sind für den Kriegsliebesdienst bestimmt.

den sind. Allgemein ist man von der Arbeit derjenigen Kommissionen, da Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Teilen mitwirken, befriedigt. Nur unsere Großindustrie wittert in derartigen Einrichtungen eine Gefahr, sie kann es nicht überwinden, mit Vertretern der Arbeiterschaft gemeinsam eine Aufgabe zu lösen. Das gemeinsame Ziel im Schützengraben hat für die Großindustrie noch nicht seine wohltuende Wirkung ausgeübt, das alleinige Bestimmungsrecht will noch immer die Oberhand behalten, ein diesbezügliches Umlernen gibt es für die Mehrzahl der Großindustrie nicht. Das beweist nachstehendes Rundschreiben:

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände versandte unter dem 26. April 1915 (Tageb. Nr. 1799) ein vertraulichs Rundschreiben an ihre Mitglieder, das sich scharf gegen paritätische Schlichtungskommissionen wendet. Es beginnnt: „Von einem der uns angeschlossenen Verbände wird uns mitgeteilt, daß Gewerkschaftsbeammte des Deutschen Textilarbeiterverbandes an Behörden mit der Anregung herangetreten sind, es sollten für die Textilindustrie paritätische Schlichtungskommissionen eingesetzt werden, deren Aufgabe es sein soll, Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu schlichten", und fährt nach einigen allgemeinen Bemerkungen fort:

„Wir nehmen diese Mitteilung unseres Mitgliedsverbandes zum Anlaß, unsere Mitglieder auf das dringendste davor zu warnen, der Schaffung von derartigen paritätischen Schlichtungskommissionen, gleichviel in welcher Industrie, Vorschub zu leisten und bemerken zur Begründung folgendes:

Zunächst ist entschieden in Abrede zu stellen, daß ein Bedürfnis für die Bildung paritätischer Schlichtungskommissionen vorliegt. Etwa auftauchende berechtigte Beschwerden seitens der Arbeitnehmer lassen sich jetzt ebenso gut wie sonst auf dem Weg unmittelbarer Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Notfall unter Mitwirkung des örtlichen Arbeitgeberverbandes ordnen. Zweifellos findet die Anregung der Gewerkschaftsführer ihre Ursache auch nicht in der Abhilfe eines dringenden Bedürfnisses, sondern sie ist darauf zurückzuführen daß die Arbeiterführer ihre jetzt erheblich eingeschränkte Tätigkeit auf diese Weise erweitern und einen während der Kriegszeit erzielten Erfolg auch für alle Zukunft festhalten wollen.

Ganz besonders muß darauf hingewiesen werden, daß die Gewerkschaftsführer mit ihrer Anregung gleichzeitig den Versuch machen, eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung aufzurollen. Denn wenn eine derartige Schlichtungskommission eingesetzt und damit betraut wird, Gutachten über Fragen abzugeben, die das Verhältnis von Arbeitgebern und Arbeitnehmern betreffen, so wird damit der bisher von dem gesamten deutschen Arbeitgebertum nachdrücklichst vertretene Grundsatz verletzt, daß alles das, was das Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern berührt, in freier Vereinbarung zu regeln ist, ohne daß Außenstehende das Recht eingeräumt werden kann, sich in diese privatrechtlichen Dinge einzumischen. Letzten Endes zielen die von den Gewerkschaftsführern angestrebten paritätischen Schlichtungskommissionen auf die Regelung des Arbeitsverhältnisses durch einen von Organisation zu Organisation abgeschlossenen Tarifvertrag hin, dessen Einhaltung eine paritätische Kommission zu überwachen hat. Wir können es uns versagen, unsere Mitglieder hier des Näheren auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die der deutschen Industrie aus dem Abschluß von Tarifverträgen erwachsen würden. Die Anregung der Gewerkschaften zeigt, worauf sie hinauswollen, und ihr Plan muß um so mehr von uns abgelehnt werden, als mit Rücksicht auf den zurzeit bestehenden allgemeinen Burgfrieden Fragen von grundsätzlicher Bedeutung nicht angeschnitten werden dürfen.

Wir richten daher unter Hinweis auf die eben gemachten Ausführungen an unsere sämtlichen Mitglieder nochmals die dringende Bitte, der Schaffung von allgemeinen paritätischen Schlichtungskommissionen unter allen Umständen ihre Zustimmung zu versagen und fügen die Bitte hinzu, uns davon Mitteilung zu machen, sobald in ihrem Bezirke ähnliche Anregungen aus Gewerkschaftskreisen zu ihrer Kenntnis gelangen.

Hochachtungsvoll
Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.
J. V. Soonderop."

Die bisherigen Leistungen der Konsumentenbewegung.

Von Universitätsprofessor Dr. **Waldemar Zimmermann**, Berlin.

Unerhörte Preistreibereien und Kriegswuchererscheinungne aller Art trieben Anfang Dezember die jetzt im K.A.K.J. zusammengeschlossenen Reichsverbände zu einheitlicher Abwehrorganisation. Nicht einseitige Billigkeitsforderungen, sondern gerechte, angemessene Preise und eine soziale Ordnung der Massenversorgung, die auch den wenig Bemittelten das Durchhalten gegenüber dem englischen Aushungerungsplun ermöglichen, bildeten von vornherein die Losung des K.A.K.J.

Seine erste Hauptaufgabe war die Bekämpfung der verkehrten Sparsamkeitspolitik, der zufolge die Massen zur Einschränkung ihres Verbrauchs durch weitere Preisheraufsetzungen gezwungen werden sollten. Es galt, die Gegner dieser verkehrten Politik innerhalb der Reichsregierung zu unterstützen. Das geschah in der Brotgetreidefrage durch die Einreichung eines technisch durchführbaren Beschlagnahmeplanes, durch eine Besprechung im Reichsamt des Innern und die große Zirkusversammlung am 22. Januar, in der das Verlangen und die Empfänglichkeit der breiten Verbrauchermassen für eine zwangsgemeinschaftliche Getreide- und Brotverkaufsregelung nachdrücklich bekundet wurde: „Das Volk will es!" So kann sich der K.A.K.J. am Zustandekommen der weltberühmten Bundesratsverordnung vom 25. Januar ein gewisses Verdienst anrechnen. Zu ihrer Durchführung und der Einbürgerung des Brotkartensystems in den Gemeinden hat der K.A.K.J. mit praktischen Vorschlägen ebenfalls in erfolgreichem Zusammenwirken mit dem Deutschen Städtetag beigetragen. Er hat schließlich auch mit ausführlichem Beweisstoff gegen die ungerechtfertigt steigenden Preisspannungen zwischen Getreide und Mehl angekämpft und eine soziale Kontrolle der Kriegsgetreide-Gesellschaft und ihrer Geschäftspraxis durch die Reichsbehörden unter Zuziehung von Verbrauchervertretern gefordert. Zweimalige Preisherabsetzungen für Mehl sind seitdem tatsächlich erfolgt, so daß unser Brotmehlpreis heute bereits unter dem englischen steht.

Wie die Brotgetreideknappheit und die Notwendigkeit der gemeinwirtschaftlichen Verteilung eine Folge der zügellosen Roggenverfütterung an die Schweine war, so hing auch die Kartoffelkrisis mit der Schweinefrage zusammen. Ueberhaupt besteht ja das Kriegsernährungsproblem zur Hauptsache in einem Kampfe der Menschen mit dem Vieh um die Lebensmittelvorräte. Für die Menschen allein würde die Frucht vollkommen ausreichen. Als der K.A.K.J. Anfang Februar erfuhr, daß die Regierung durch Preiserhöhungen die Kartoffeln aus den Lagern auf den Markt locken und auf diese Weise vor dem Viehtrog schützen wollte, forderte der K.A.K.J. zunächst einmal eine sofortige Bestandsaufnahme, da nach seiner Meinung große Vorräte da sein mußten und nur künstlich zurückgehalten wurden, und darauf die Beschlagnahme der Hälfte der noch vorhandenen Kartoffeln zur Sicherstellung für die menschliche Ernährung. Eine solche Sicherstellung ist dann, als die Bestandsaufnahme vom 15. März jammervoll ausfiel, Mitte April endlich, allerdings im Wege einer seltsamen Preisreportpolitik erfolgt. Die scharfe Kritik der Verbraucher (vergl. auch die Eingabe vom 6. April, s. Anm.) hat dabei wenigstens den Erfolg erzielt, daß die Reichskasse den Schaden des verspäteten Eingreifens auf sich nahm und die Kartoffeln den den Minderbemittelten (der K.A.K.J. fordert: für alle Bürger bis zu 3000 Mark Einkommen) zu erschwinglichen Preisen von 50 bis 70 Pfg. für 5 Kilogramm zugeteilt werden können. Daß statt der Marktprämienpolitik eine Beschlagnahme angebrachter gewesen wäre, zeigt sich in dem Ueberfluß an Kartoffeln, der jetzt zum freien Verkauf angeboten wird. Der K.A.K.J. hat also mit seiner ursprünglichen Annahme, daß genug Kartoffeln da seien und nur herausgeholt werden müßten, Recht behalten.

In der Beseitigung der Ursachen der Brotgetreide- und Kartoffelkrisis, der Regelung der Schweinferage, ist der K.A.K.J. weniger erfolgreich gewesen. Die von ihm im Anschluß an die Bundesratsverordnung vom 25. Januar 1915

Die Jungen können und die Alten müssen sterben!

Deshalb versichere jeder Kollege sich und seine Frau und Familienangehörigen auch für den **Sterbefall.**

Die besten Bedingungen bietet hierzu unsere

Sterbekasse.

Sterbegeld wird nach folgender Stufenleiter gegen Leistung beistehender Beiträge gezahlt:

Stufe I	90	Mk.	bei einem	Wochenbeitrag	von	5	Pfg.
„ II	144	„	„	„	„	8	„
„ III	180	„	„	„	„	10	„
„ IV	270	„	„	„	„	15	„
„ V	360	„	„	„	„	20	„
„ VI	450	„	„	„	„	25	„

Anmeldungen zur Aufnahme nimmt der Kassierer des Ortsvereins entgegen. — Auskunft erteilt auch das Büro Berlin NO 55, Greifswalderstr. 221/23.

über die Sicherstellung der Dauerfleischwaren durch die Gemeinden gemachten Vorschläge für die technische Durchführung der Abschlachtungen, die Absatzregelung im Interesse der Produzenten und der Verbraucher sowie für die Herstellung und Aufbewahrung der Dauerwaren hatten angesichts der Gegnerschaft der Landwirtschaftsbehörden gegen die Abschlachtung keinen rechten Erfolg. Statt der vom K.A.K.J. vorgeschlagenen Höchstpreise wurden zwar Richtpreise vom 25. Februar 1915 festgesetzt, aber nicht wirksam angewandt; auch enthielten sie für das Fettmachen der Schweine stillschweigende Prämien, und so fraß dann der neue Feind munter weiter den Menschen die Kartoffeln und die Magermilch weg. Nunmehr sollen freilich von den Schweinebeständen 30 v. H., ja 50 v. H. abgeschlachtet sein; und die frühzeitige Grünweide hilft uns aus der Futternot, so daß weitere Beschaffung von Dauerfleisch aus den Schweinebeständen den Städten nicht mehr vorgeschrieben wird. Daß die aufgespeicherten Vorräte der Gemeinden aber Erhebliches zur Linderung der durch die verfahrene bisherige Schweinepolitik entfachten Preistreibereien im Vieh- und Fleischgeschäft künftig beitragen könnten, erwartet wohl niemand. Nur entschlossene Fleischenthaltsamkeit jetzt zur sommerlichen Gemüsezeit könnte den Preistreibereien etwas das Handwerk legen.

Die durch die Schweinepolitik gefährdete Magermilchversorgung der Städte beschäftigte wie überhaupt die Milch- und Butterfrage gleichzeitig den K.A.K.J. mehrfach sehr eingehend. Für die Sicherung der Magermilch forderte der K.A.K.J., um die von der Eisenbahn zugestandene Tarifermäßigung für Magermilch nutzbar zu machen, eine Vorschrift für die Sammelmolkereien, die Hälfte ihrer Magermilch an die Städte abzuliefern, statt wie bisher fast alles den Melkwirtschaften für den Schweinetrog zurückzuliefern. Etwas ermunternd auf die Magermilchzufuhr haben diese Vorstöße gewirkt, aber noch nicht entschieden genug.

Um die Vergeudung von menschlichen Nährmitteln nach Möglichkeit zu verhüten, wandte sich der K.A.K.J. gegen die Freigabe von Zucker und Kartoffeln für die Erzeugung von Spiritus und forderte die Einstellung von Trinkbranntweinerzeugung überhaupt, um die vorhandenen Spiritusvorräte für den gesteigerten gewerblichen Bedarf sicherzustellen. Es erfolgte auch eine Sperrung der Trinkbranntweinerzeugung, jedoch nur auf Zeit. Neuerdings soll wieder Zucker für Brennzwecke freigegeben werden.

Während der Zucker zu einem Steuersatz von 2 Mk. (statt 14 Mark normal) in den Maischeapparat wandern darf, werden für den menschlichen Verbrauch die Zuckerpreise seit April Schritt für Schritt erhöht mit der Begründung, es herrsche Zuckerknappheit. Gewiß hat uns das Vieh aus Mangel an Futtermitteln viel Zucker steuerfrei weggefressen, aber Deutschland schwamm zu Anfang des Krieges in Zucker, der nicht ins Ausland in dem Maße wie sonst abgesetzt werden konnte. Statt durch die allseits geforderte Steueraufhebung den Zuckerverbrauch auch der Menschen zu verbilligen und um 50 v. H. zu heben — zum Ersatz der knappen Futtervorräte — kontingentierte die Regierung den Zuckerabsatz und setzte Preise fest, die der Zuckerindustrie einen genügenden Geschäftsspielraum ließen. Die gegenwärtige Zuckerverteuerung aber ist durch nichts gerechtfertigt, denn das für die menschliche Ernährung gesicherte Kontingent von 65 v. H. dürfte bei richtiger Verteilungsorganisation keine Knappheit aufkommen lassen. Der K.A.K.J. hat deshalb die Reichsbehörden um Schutz der Verbraucher durch Festsetzung von Groß- und Kleinhandelspreisen gebeten und weiterhin eine Verbilligung des gerade jetzt physiologisch und küchenwirtschaftlich wichtigen Zuckers durch Aufhebung der Zuckersteuer bis zur nächsten Ernte gefordert.

Zur Sicherstellung der Massenernährung durch Schonung und Nutzbarmachung aller Vorräte hat der K.A.K.J. sich auch frühzeitig mit der Frage der zweckmäßigsten Einsammlung der Küchenabfälle, der Forstnutzung für landwirtschaftliche Zwecke, der Bekämpfung des Wildschadens, der Organisation des Gemüsebezuges, der Einschränkung der Biererzeugung aus Gerste und Malz usw. beschäftigt.

Zielten diese Arbeiten des K.A.K.J. auf die Sicherung von Lebensmittelvorräten zu erschwinglichen Preisen, so erachtete es der K.A.K.J. auf der anderen Seite auch für seine Aufgabe, die Kaufkraft und wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit der Verbrauchsmassen gegenüber der Teuerung nach Möglichkeit zu stärken. Das führte ihn zur Bekämpfung des sogenannten „Arbeitswuchers", d. h. der ungerechtfertigten Lohn- und Gehaltsherabsetzungen, die zu Beginn des Krieges vielfach unter dem Drucke der Geschäftskrisis aus guten Gründen vorgenommen waren, später aber oft auch dann beibehalten wurden, wenn Kriegsaufträge den Firmen Arbeit und Verdienst in Fülle brachten. Zahlreiche Beschwerden sammelten der K.A.K.J. oder die von ihm begründeten Bezirksausschüsse in den Armeekorpsbezirken, um sie den Generalkommandos mit der Bitte um soziale Vermittlung zugunsten der Angestellten zu überreichen. In ähnlichem Sinne richtete der K.A.K.J. an Regierung und Reichstag ein ausführlich begründetes Gesuch um Erweiterung des Schutzes der wirtschaftlich schwachen Kriegerfamilien zumal in Mietangelegenheiten.

Der K.A.K.J. hat ein weites Aufgabenfeld zu bearbeiten. Nicht überall sind ihm bei den einzelnen Fragen glatte Erfolge beschieden gewiesen. Aber das Erreichte rechtfertigt vollauf seine Bestrebungen und seinen Arbeitsaufwand. Wo er positiv nicht viel erringen konnte, hat er durch seine Aufklärungs- und Abwehrtätigkeit doch meistens bewirkt, daß sich die Dinge nicht noch schlimmer entwickelten. Und er hat den großen Verbrauchermassen das Bewußtsein verschafft, daß ihre Interessen nicht vergessen werden und sie bei richtiger Organisation steigenden öffentlichen Einfluß neben den Produzenten- und Händlerinteressen erlangen. Freilich ist dazu entschlossene Weiterarbeit in noch stärkerem Maße als bisher nötig. Die Mittel und Kräfte der Hauptstelle des K.A.K.J. in Berlin reichen dazu kaum aus. Den angeschlossenen Verbänden und den Bezirksausschüssen liegen wachsende Aufgaben ob. Nur wenn jeder Verbraucher, Mann und Frau, bewußt mitwirkt, sind sie zum besten der Verbrauchermassen und des gesamten Vaterlandes erfolgreich zu lösen.

*) Ueber dieses Thema sprach in Berlin am 16. Mai bei der „Kriegstagung der deutschen Verbraucher", über deren Verlauf wir in Nr. 21/22 berichteten, Universitätsprofessor Dr. W. Zimmermann-Berlin, dessen Ausführungen wir auszugsweise hiermit nachholen.

Rundschau.

Der Arbeitsmarkt der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe im April 1915.

Das „Reichs-Arbeitsblatt" berichtet darüber in Nr. 5 folgendes: Ueber den Beschäftigungsgrad der Säge- und Hobelwerke sind befriedigende Berichte eingegangen. Die Kistenherstellung verzeichnet guten Beschäftigungsgrad wie im Vormonat. Nur einer der Berichte gibt an, daß eher eine Verschlechterung als eine Verbesserung in der Kistenindustrie festzustellen ist. Die Jalousiefabrikation hat eine Veränderung der Geschäftslage nicht aufzuweisen. Für die Holzpflasterherstellung lagen genügend Aufträge vor; doch machte sich Arbeitermangel hemmend geltend. Es wurden Lohnerhöhungen für die Zeit während des Krieges bewilligt.

In der Möbelindustrie ist im ganzen keine wesentliche Veränderung eingetreten; vereinzelt wird allerdings über eine Abschwächung des Geschäftsganges berichtet, doch wird andererseits verschiedentlich angegeben, daß der Geschäftsgang etwas besser als im Vormonat ausgefallen ist. Die Nachfrage aus Ostpreußen wie der Umzug wirkten auf diese Besserung hin. Knappheit an Arbeitskräften machte sich auch an dieser Industrie bemerkbar und verursachte ein Steigen der Löhne, insbesondere auch für ungelernte Arbeiter. Die württembergische Holzmöbelfabrikation vermag eine Besserung nicht zu verzeichnen. Hie rist, wie hinzugefügt wird, eher ein Abflauen als eine Verbesserung eingetreten. Die Kehlleistenfabriken waren wie in den vorhergehenden Monaten auch im Berichtsmonate mit Heeresaufträgen beschäftigt.

In der Korbwarenindustrie sind die Verhältnisse ebenso geblieben, wie sie im vorhergehenden Monat waren. Der Beschäftigungsgrad wird auch im April zum Teil als gut und besser wie im Vorjahr bezeichnet. Zum Teil ist der Umsatz an eigentlichen Korbwaren und Rohrmöbeln geringer als im März ausgefallen, doch sind die Geschoßkorbarbeiter noch immer voll beschäftigt. Ueberarbeit wird verschiedentlich gemeldet.

Die Schirmindustrie erfreuet sich im Berichtsmonat einer Verbesserung des Geschäftsganges. Der regere Umsatz wird nicht nur auf die Witterung, die Regenwetter brachte, zurückgeführt, sondern es wird auch angegeben, daß die Nachfrage nach Sonnenschirmen sich belebt hat. Lohnerhöhungen werden aus Schlesien berichtet. Die in früheren Monaten hervortretende fast stetige Abnahme der Arbeitslosen hat im Berichtsmonat eine Unterbrechung erfahren. Die Zahl der Arbeitslosen ist Ende April etwas größer als Anfang des Monats. Das ist aus der folgenden Nachweisung zu ersehen, welche nach den Feststellungen des gemeinsamen Arbeitsnachweises des deutschen Holzgewerbes aufgestellt ist:

Am Schlusse der Woche von	bis	Arbeitslose Arbeiter	davon Bautischler	Möbeltischler
27. März	2. April	1 130	289	328
3. April	9. „	1 496	360	465
10. „	16. „	1 423	384	484
17. „	23. „	1 485	400	455
24. „	30. „	1 250	338	399

8 berichtende Ortskrankenkassen der Tischler mit 9416 männlichen und 1346 weiblichen am 1. Mai in Arbeit stehenden Mitgliedern zeigten gegenüber dem 1. April bei den männlichen Personen eine Abnahme der Beschäftigungsziffer um 3,55 v. H. und für die weiblichen Mitglieder eine Verminderung um 9,60 v. H.

Die 22 berichtenden Innungskrankenkassen der Tischler, die am 1. Mai 12 296 männliche und 653 weibliche in Arbeit stehende Mitglieder umfaßten, wiesen dem 1. April gegenüber bei den männlichen Personen eine Abnahme um 1.23 v. H., bei den weiblichen um 18,98 v. H. auf.

91 Betriebskrankenkassen der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe hatten am 1. Mai 11 249 männliche und 2369 weibliche beschäftigte Mitglieder. Im Vergleich zum 1. April war die Beschäftigung um 0,33 v. H. bei den männlichen versicherungspflichtigen Personen ohne Kranke geringer und bei den weiblichen um 3,99 v. H. größer.

4 Arbeiterverbände der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe hatten unter 105 013 berichtenden Mitgliedern im Berichtsmonat 5,3 v. H. Arbeitslose gegen 6,2 v. H. im Vormonat.

Vom bayerischen Holzmarkt.

Maschinenmäßig greift auch im Wirtschaftsleben ein Rad ins andere und die geringste Hemmung zeigt ihre sofortige Wirkung. Der Krieg hat auf der einen Seite eine Reihe von Industrien brachgelegt, so insbesondere die für den Holzhandel bedeutungsvolle Bau- und Möbelindustrie. Andererseits haben die großen Heereslieferungen den Holzabsatz bedeutend vermehrt. Bauschreiner und Zimmereien, welche Militärlieferungen bei Barackenbauten haben, sind voll in Anspruch genommen. Andererseits hat aber auch der Krieg einen ganz bedeutenden Arbeitermangel gezeitigt, wie es ebenso an Gespannen fehlt. Damit ist wiederum ein notwendiger Ausgleich in der Produktionsmöglichkeit geschaffen worden, so daß die Läger sich nicht übermäßig füllen können und der große also sich angehäufte Vorrat nicht preisdrückend wirkt. Ganz besonders kommt auch in Betracht, daß die Zufuhr fremder Hölzer durch den Krieg aufgehört hat. Holz in seiner verschiedensten Gestaltung mußte in großer Menge verarbeitet werden und viele Betriebe waren dabei beschäftigt. Das Militär zahlt gut und was die Hauptsache ist, rasch. Es läßt sich nicht leugnen, daß auf diese Weise eine gewisse Zahlungsfähigkeit in die Kreise der Holzverbraucher gekommen ist und daß das deutsche Holzgewerbe sich während der Kriegszeit gekräftigt hat. Die forstlichen Kreise rechnen deshalb nicht mit Unrecht darauf, daß mit der fortschreitenden Zeit der Bedarf an Ware sich heben wird und daß die Ware eine höhere Bewertung erfährt. Sie verweigern deshalb im Falle zu niedriger Gebote häufiger wie sonst den Zuschlag. Bretter werden hauptsächlich als Ausschußware verlangt. Der große Bedarf der Heeresverwaltung darin hat den Vorrat beschränkt und die Militärverwaltung gezwungen, höhere Preise darin anzulegen. Bessere Qualitäten finden nur schlechten Absatz. Kanthölzer werden nur für Militärzwecke verbraucht. Privatzwecke haben dafür keinen Bedarf. Auf dem Eichenholzmarkt wird jeder größere Verkehr vermißt. Nur die Waggonfabrikation hat für eichene und kieferne Dielen Interesse.

Zur Sicherung der diesjährigen Ernte

werden schon allseitig die nötigen Vorbereitungen getroffen. Das Oberkommando des 2. Armeekorps hat für seinen Bezirk d. h. also für die Provinz Pommern, mit Ausnahme des Festungsbereichs Swinemünde, für die Dauer des Kriegszustandes folgende Verordnung erlassen:

1. Landwirtschaftliche Dienstboten und landwirtschaftliche Arbeiter dürfen ihre Arbeitsstelle unter einseitiger Verletzung des Vertrags oder ohne ausdrückliche Einwilligung des Dienstherrn oder Arbeitgebers vor Ablauf des Vertrages nicht verlassen.

Dienstherren und Arbeitgeber dürfen landwirtschaftliche Dienstboten und landwirtschaftliche Arbeiter ohne einen Losschein ihres bisherigen Dienstherrn oder Arbeitgebers oder ohne gerichtliches Urteil, wonach das Vertragsverhältnis für beendigt erklärt ist, nicht in Dienst oder Arbeit nehmen.

2. Unternehmer, Beauftragte von solchen und gewerbsmäßige Vermittler dürfen Arbeiter, Vorarbeiter, Motorführer und Werkmeister innerhalb des Bezirkes des 2. Armeekorps nach außerhalb des Korpsbezirks gelegenen Orten nur mit schriftlicher Genehmigung des Landrats in den Kreisen — der Polizeiverwaltung in kreisfreien Städten — in welchen die Arbeiter ihren Wohnsitz oder Aufenthalt haben, anwerben.

Anzeigen, in denen Arbeiter, Vorarbeiter, Motorführer und Werkmeister nach Orten außerhalb des Korpsbezirks gesucht werden, sind in Zeitungen, die im Korpsbezirk gedruckt werden, verboten.

Zuwiderhandlungen hiergegen werden gemäß § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft."

In Schlesien hat man einen anderen Weg gewählt. Der Oberpräsident dieser Provinz hat für sämtliche Schulen, in denen sich höhere Schulanstalten oder Seminare befinden, die Sommerferien so gelegt, daß den Schülern die Möglichkeit gegeben wird, sich an der Einbringung der Ernte zu beteiligen. Die Erfahrungen, die man nach dieser Richtung bei der vorjährigen Ernte gemacht hat, sind ja nicht besonders ermutigend. Trotzdem läßt sich gegen die getroffene Maßnahme im Prinzip nichts einwenden, vorausgesetzt, daß sämtliche Arbeitslosen, soweit sie verwendbar sind, bei der Ernte beschäftigt, und daß die jungen Leute nicht etwa als Mittel zum Lohndruck benutzt werden.

Bäder- u. Anstaltsfürsorge für Kriegsteilnehmer.

In der Oeffentlichkeit ist bisher für alle Maßnanhmen zur Fürsorge für die verwundeten und kranken Kriegsteilnehmer eingehend berichtet worden. Nur einer wichtigen Arbeit wurde bisher wenig gedacht: Der endgültigen Wiederherstellung der Gesundheit und Erwerbsfähigkeit erkrankter und verwundeter Kriegsteilnehmer durch Bäder- und Anstaltsfürsorge, wie sie das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz nach einem großangelegten Plane anstrebt. Gewiß hat das Militärmedizinalwesen sorgfältige Anordnungen getroffen, in welcher Weise mit den aktiven kranken und verwundeten Kriegsteilnehmern während der Behandlung in den Lazaretten zu verfahren ist. Insbesondere sollen auch für den Fall, daß eine Spezialbehandlung erforderlich ist, neben den medicomechanischen und orthopädischen Behandlungsmethoden Bade- und Brunnenkuren eingeleitet werden. Es muß aber schon jetzt darauf hingewiesen werden, daß es besonders nach dem Friedensschlusse eine große Aufgabe sein wird, für die aus dem Heeresverbande entlassenen (inaktiven) Kriegsteilnehmer alle jene Einrichtungen zu schaffen, die auch ihnen die wertvollen Schätze unserer Heilbäder, Luftkurorte und orthopädischen Heilanstalten in weitestem Umfange zugänglich zu machen. Unter den Millionen der Kriegsteilnehmer werden sich Hunderttausende von Männern befinden, denen erst eine Kur oder sonstige Nachbehandlung die erforderliche Kräftigung für den Wiedereintritt in das Berufsleben schaffen muß. Viele Tausende werden noch Jahre lang die erste Kur wiederholen müssen, um die im Krieg, namentlich durch die aufreibenden Strapazen des Winterfeldzuges und des neuzeitlichen Stellungskampfes erlittenen körperlichen Schädigungen auszugleichen. Das Zenrtalkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz hat diesen Gedanken zuerst in die Tat umzusetzen gesucht und in einer besonderen Abteilung, der neben Mitgliedern der Reichs- und Staatsbehörden, Aerzten, Parlamentariern aller Parteien usw. auch bekannte Führer der Arbeiterbewegung angehören, die eingehendsten Vorbereitungen getroffen zur Lösung dieser schwierigen Aufgabe, bei der auch das Reich sicherlich mitarbeiten wird. Dieser neue, umfassend organisierte Zweig der sozialen Kriegswohlfahrtspflege wird unseren tapferen Kriegern nicht nur Gesundheit und Lebensfreude bringen, sondern sie als vollwertige und arbeitstüchtige Glieder unserer Volksgemeinschaft erhalten.

Schießwerkzeuge in Kinderhänden.

Viele Eltern glauben, jetzt während des Krieges etwas besonders Gutes und Richtiges zu tun, wenn sie ihren Kindern möglichst brauchbare Schießgewehre, sogenannte Vogelflinten, Luftbüchsen und dergl. geben, damit sie sich im Schießen üben können. Leider hat dieses Beginnen aber auch eine sehr schlimme Seite; denn es kann sehr viel Unheil angerichtet werden. Mit Vorliebe wird ein bewegliches Ziel, meistens Vögel, gewählt. Viele dieser nützlichen Tiere werden so vernichtet und ihre Jungen müssen elend im Neste verhungern, wenn die Alten nicht wiederkehren. Durch solches gesetzlich strafbares Treiben verrohen die Kinder ungemein. Aber er können auch durch fehlgehende, weiterfliegende oder zurückprallende Kugeln Menschen verletzt oder getötet werden. Besonders leicht ist das an den Stellen der Fall, wo Buschwerk den freien Ausblick hindert.

Es sei deshalb daran erinnert, daß solche Uebertretungen nicht allein nach dem Reichsvogelschutzgesetz bestraft werden, sondern auch auf Grund des Reichsstrafgesetzbuches. Dieses setzt eine Strafe bis zu 150 Mark oder Haft gegen diejenigen fest, die ohne polizeiliche Erlaubnis an bewohnten oder von Menschen besuchten Orten mit Feuergewehren oder anderem Schießzeug schießen. Der gleichen Strafe verfällt, wer es unterläßt, Kinder oder andere unter seiner Gewalt stehende Personen, welche seiner Aufsicht untergeben sind und zu seiner Hausgenossenschaft gehören, von der Begehung solcher strafbaren Handlungen abzuhalten.

Wird ein Mensch oder fremdes Eigentum beschädigt, so kommt zu der Strafe noch die Schadenersatzpflicht. Es ist eine vielfach verbreitete irrige Meinung, daß nur das Schießen mit Feuergewehren untersagt, dagegen mittelst Luftbüchsen, Gummischleuder usw. gestattet sei. Alle diese Gegenstände sind Schießwerkzeuge im Sinne des Gesetzes, und ihre Benutzung ist verboten.

C. Kr.

Unrentabel und gesundheitsschädlich.

Von einem Angestellten des christlichen Metallarbeiterverbandes wurde auf einer Versammlung in Düsseldorf mitgeteilt, daß ein auf der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik beschäftigter Arbeiter in einem Monat einen Gesamtverdienst von 350 Mark erreicht habe. Der Arbeiter leistete in dem Monat 450 Arbeitsstunden, also 17 Stunden täglich. Das ist unrentabel und gesundheitsschädlich zu gleicher Zeit. Kein Arbeiter kann bei 17stündiger täglicher Arbeit, einen ganzen Monat lang, stets leistungsfähig sein. Das ist der reinste Raubbau mit seiner Arbeitskraft, die Folgen müssen ja eintreten, dann hat die Krankenkasse zu leiden und die Arbeitgeber führen später die hohen Verdienste an, ohne die ungeheuerliche Arbeitszeit zu erwähnen. Begierig wären wir, was der Mann in dieser langen Lohnarbeitszeit wirklich geleistet hat, oder sollte es ein Günstling seines Meisters sein, der ein Auge zudrückt, wenn manche Stunde der Arbeit, besonders nachts, verschlafen wird? Solch einem Arbeiter gehört das Bett neben seinen Arbeitsplatz hingelegt.

Stimmungsbild.

Italien hatte sein Wort gebrochen und war seinen bisherigen Bundesgenossen heimtückisch in den Rücken gefallen. Da fuhren in einem Eisenbahnabteil einige bayerische Feldgraue und Zivilisten zusammen. Der eine Zivilist frug die Bayern: „Werdet Ihrs denn noch schaffen, wenn jetzt Italien noch dazu kommt?" Da meinte der eine Bayer ganz ruhig: „Da spucken wir halt in die Hände und greifen noch fester zu!"

Der Verband zur Abwehr des Tabaktrustes

erläßt nachstehende Bekanntmachung:

„Nachdem jetzt die Staatsaufsicht über die früher zur British American Tobacco Co. in London gehörigen 7 Firmen des sog. Jasmatzi-Konzerns aufgehoben worden ist, bitten wir, den Aushang aller Plakate, in denen auf diese Zugehörigkeit hingewiesen wurde, nunmehr definitiv einzustellen. Ausgenommen davon sind nur die runden, vergoldeten Glasschilder und Abzugsplakate, sowie diejenigen Ankündigunoen, in denen lediglich zum Einkauf trustfreier Zigaretten mit der bekannten Schutzmarke aufgefordert wird.

Ferner muß die weitere Verbreitung aller in Betracht kommenden Flugblätter, Zigarrenbeutel, Agitationszettel usw., die vom Verband zur Abwehr des Tabaktrustes herausgegeben oder gezeichnet sind, aufhören. Und endlich bitten wir, dafür zu sorgen, daß in den Fällen, wo Einlagezettel mit entsprechendem Wortlaut den Zigarren-Packungen beigefügt sind, diese sofort daraus entfernt werden."

Versammlungsanzeigen.

! ! Ein fleißiger und pünktlicher Besuch der ! !
• • Versammlung ist Ehrenpflicht aller Kollegen • •

Ulm. Am Samstag den 19. Juni hält der Ortsverband im Saale zu den drei Linden eine öffentlichste Versammlung ab, in der Landtagsabgeordneter F. Fischer, Stuttgart über das Thema: „Die deutsche Arbeiterschaft und der Krieg" sprechen wird.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 24. Wochenbeitrag für das Jahr 1915 fällig.

Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

Großenhain i. S. Der Arbeitsnachweis der Holzarbeiter (H.D. Großenhain i. S. befindet sich von jetzt ab bei Verbandskollegen August Degebrodt, Gerberdamm Nr. 2, 1. Etg. Ortsgeschenke von sämtlichen Ortsvereinen werden daselbst ausgezahlt.

Burg b. Magdeburg. Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. Ortsverbandsgeschenk, beim Kassierer Wilh. Prisap, Holzstraße 2.

Bitterfeld (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Verbandsgeschenk von 75 Pfg. bei den Ortsvereinskassierern ihres Berufs; sind Berufe nicht am Orte vertreten, beim Verbandskassierer O. Eppendorf, Bahnhofstraße 27.

Brandenburg (Ortsverband). Durchreisende Gewerkvereinskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsgeschenk beim Kollegen Kolzowski, Kaiserstraße 1.

Ulm a. D. Durchreisende Gewerkvereinskollegen erhalten 1 Mk. Unterstützung als Ortsgeschenk vom Ortsverbandskassierer **Greiner**, Frauengasse 17.

Kollegen, schützt Frau und Kinder

für den Fall Eures frühzeitigen Todes,

sorgt

für Euer Alter sowie für die Ausbildung und Aussteuer oder den Sterbefall Eurer Kinder bei unserer gemeinnützigen Volksversicherung. — **Alle Gewinne fließen den Versicherten zu.**

Volksversicherung des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine H.-D.

Verlangt kostenlose Auskunft bei unseren örtlichen Verwaltungsstellen oder im **Verbandsbureau Berlin NO. 55**, Greifswalder-Str. 221/23.

Kollegen und Kolleginnen!

Beachtet die Vorteile unserer **Zuschußkrankenkasse** und **Sterbekasse** des Gewerkvereins.

Auskunft erteilt und Aufnahmen nimmt entgegen.

Das Hauptbüro:
Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 222.

Die Deutschen Gewerkvereine im Strome des öffentlichen Lebens

von F. Barnbolt.

Vorzüglich zur Agitation geeignet und den Ortsvereinen zum Vertrieb an die Mitglieder angelegentlichst empfohlen. Um den Verkauf zu fördern und für die Ortsvereine lohnend zu gestalten, haben wir den Preis wie folgt festgesetzt:

1 Stück	0,10 ℳ
25 „	2,00 „
50 „	3,50 „
100 „	6,00 „

Die Broschüre soll nicht blos an unsere Mitglieder, sondern auch an die Mitglieder der anderen Gewerkvereine und an sonstige Arbeiter verkauft werden. Bestellungen sind an das Hauptbureau, Berlin NO 55, Greifswalder-Str. 221/23, zu richten. Die Zusendung der Broschüre erfolgt portofrei gegen Voreinsendung des Betrages.

! Kollegen werbt Mitglieder für unsern Gewerkverein !

Bautzen. Durchreisende erhalten im Winterhalbjahr 1 Mk. und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pfg. bei E. Serbe, Wend. Graben 30.

Döbeln. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat" freies Nachtquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen P. Hauptmann, Roßweinerstraße 9 zu haben.

Halle a. S. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ihr Ortsverbandsgeschenk (Verpflegungskarten im Werte von 1 Mark beim Kassierer ihres Berufes, Kollegen unvertretenen Berufes beim Ortsverbandskassierer Karl Moye, Große Steinstr. 10, H. IV.

Posen (Ortsverband) gewährt durchreisenden arbeitslosen Kollegen 75 Pfg. Unterstützung; zu erhalten ist dieselbe bei den Ortsvereinskassierern und bei H. Niemeyer, Kaiser-Friedrichstr. 13.

Schweidnitz (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Verpflegungskarten im Werte von 75 Pfg. bei allen Ortsvereinskassierern. Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsverbandskassierer Ad. Reinert, Margarethenplatz 13.

Verlag und verantwortlich für die Redaktion: i. V. Paul Volkmann, Berlin NO. 55, Greifswalder-Straße 221/23. Druck der Ulmer Zeitung A.-G. in Ulm a. D.